



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Balz Stückelberger, FDP Fraktion: Einheitlicher Arbeitgeber: Neuorganisation des Personalwesens konsequenter umsetzen**

Autor/in: [Balz Stückelberger](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 15. November 2012

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Mit der Neuorganisation des Personalwesens will der Regierungsrat eine moderne Personalorganisation schaffen. Kernpunkt der ab 1.2.2013 umgesetzten Struktur ist die Stärkung des Personalamtes, das sich zu einem Kompetenzzentrum entwickeln soll. Das Personalamt definiert nicht nur Massnahmen zur Umsetzung der vom Regierungsrat definierten HR-Strategie, sondern stellt auch sicher, dass die erforderlichen Prozesse, Strukturen und Kompetenzen vorhanden sind, um die HR-Politik effektiv und effizient umzusetzen. Zudem ist das Personalamt für die einheitliche Umsetzung und permanente Weiterentwicklung des Personalmanagements verantwortlich. Diese Zentralisierung im Bereich HR-Management ist zu begrüßen.

Leider fehlt aber nach wie vor der Mut, die zur Umsetzung der vorliegenden Strategie notwendigen organisatorischen Anpassungen vorzunehmen. Die Direktionen werden weiterhin eigene Personalabteilungen betreiben, die primär für die HR-Beratung zuständig sein werden. Dadurch geraten die in den Direktionen tätigen HR-Berater unvermeidlich in Loyalitätskonflikte zwischen den Vorgaben des zentralen Personalwesens und den Begehrlichkeiten und Eigenheiten der jeweiligen Direktion.

Eine konsequente Zentralisierung des Personalwesens, namentlich die organisatorische Ansiedlung sämtlicher mit Personalaufgaben betrauten Mitarbeitenden beim Personalamt sowie die Zentralisierung der Lohnfestsetzungskompetenz drängen sich nicht nur unter dem Aspekt der "good governance" auf, sondern sind auch unerlässlich, um die von der Neuorganisation beabsichtigte Effizienzsteigerung sowie die einheitliche Umsetzung der Personalpolitik zu erreichen und die Verwässerung der zentralen HR-Strategie zu verhindern.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, die konsequente Zentralisierung des Personalwesens im Kanton Basel-Landschaft und namentlich die organisatorische Anbindung sämtlicher mit Personalaufgaben betrauten Mitarbeitenden beim Personalamt sowie die Zentralisierung der Lohnfestsetzungskompetenz zu prüfen.

Zudem wird der Regierungsrat gebeten, die Auslagerung von HR-Diensten an externe Anbieter zu prüfen, namentlich das sog. Payroll-Management.